

P R E S S E M I T T E I L U N G

**Nr. 336 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag
06.10.2011**

GRÜNE: Steuerabkommen mit der Schweiz ablehnen

Dreisten Betrug nicht belohnen!

Die Landtagsgrünen haben die Landesregierung aufgefordert, im Bundesrat das im August von Bundesfinanzminister Schäuble mit der Schweiz ausgehandelte Steuerabkommen abzulehnen. Mit diesem Vertrag werde deutschen Steuerbetrü gern Anonymität und Straffreiheit zusichert, sagte der finanzpolitische Sprecher **Hans-Jürgen Klein** am Donnerstag (heute) in Hannover. "Damit wird Rechtsbrechern eine nachträgliche Amnestie gewährt, sie müssen noch nicht einmal einen erhöhten Steuersatz zahlen". Es sei paradox, auf diese Weise Steuerbetrü ger sogar besser zu stellen, als diejenigen, die sich selbst angezeigt hätten. "Die Devise dieses Abkommens lautet: Je dreister der Betrug, umso höher die Belohnung", sagte der Grünen-Politiker.

Mit der Wahrung der Anonymität werde außerdem die Verfolgung von Delikten wie Geldwäsche, Korruption und Schwarzarbeit erheblich erschwert; das sei kontraproduktiv. Außerdem schreibe das Abkommen die aktuelle Steuer- und Sozialgesetzgebung für in der Schweiz angelegtes Vermögen fest, kritisierte Klein. "Wenn wir etwa nach der nächsten Bundestagswahl eine Vermögenssteuer oder eine Bürgerversicherung einführen, bleibt das auf Schweizer Banken gelagerte Geld davon völlig unbehelligt. Dann zahlt sich Betrug sogar aus".

Die Grünen haben ihre Forderung in einem Entschließungsantrag formuliert, der in der Plenarsitzung der kommenden Woche beraten wird.

Antrag: Steueroasen austrocknen statt Sonderrechte für Steuerkriminelle – Steuerabkommen mit der Schweiz ablehnen (<http://www.fraktion.gruene-niedersachsen.de//cms/default/dok/392/392567@de.html>)